Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 444 Mittag-Ausgabe. Verlag von Eduard Trewendt. Dinstag, den 23. September 1862.

Telegraphische Depeschen.

Paris, 22. Sept. Die hiesigen Journale melden, daß der Prinz und die Prinzessin Napoleon heute Abend nach Turin abreisen werden, und daß der französische Gesandte zu Turin, Benedetti, heute Abend dorthin zurückkehren werde.

Belgrad, 22. Sept. Ali Bey geht morgen als Commissär der Pforte mit einem serbischen Senator nach Uschitza, um die Schleifung der Festung anzuordnen und so den Streit zu beenden. Die Ankunft des englischen Gesandten Bulwer aus Konstantinopel wird Freitag erwartet.

Ragusa, 22. Sept. Gestern haben zur Feier des abgeschlossenen Friedens in Cettinje Festlichkeiten stattgefunden. Die Bedingung wegen der anzulegenden Militärstraße ist ratificirt worden. Die Landesverweisung Mirko's ist Omer Pascha anheimgestellt worden.

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

52. Sitzung des Hauses der Abgeordneten (22. Sept.).

Präs. Grabow eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr; das Haus ist in lebhafter Bewegung; die Tribünen sind ziemlich gefüllt; am Ministertische vier Regierungs-Commissare.

Vier Urlaubsgesuche (beide Arnim, Dr. Hummel, Graf Renard) werden bewilligt. Es ist ein Antrag des Abg. Reichensperger (Beckum) eingegangen, daß der Schluß einer Debatte, zu welcher noch Redner gemeldet sind, erst eintreten solle, wenn wenigstens einer dieser Redner noch gehört worden. — Der Präsident ernennt in Gemäßheit des § 7 der Geschäftsordnung den Abg. v. Rosenberg-Lipinski zum Referenten behufs mündlicher Berichterstattung über den ohne Vorberathung im Plenum zu verhandelnden Antrag.

Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildet die definitive Abstimmung über den Militär-Etat pro 1862. Dieselbe wird vertagt, weil die kalkulatorische Zusammenstellung noch nicht hat gedruckt werden können. (Die drei Commissarien des Kriegsministers verlassen das Haus, so daß nur noch der General-Postdirector Philippsborn am Ministertische zurückbleibt.)

Das Haus tritt in die Berathung des Berichts über die Etats der Post-, Gesetzsammlungs- und Zeitungs-Verwaltung pro 1862 und 1863. Dieselben werden den Commissions-Anträgen gemäß in allen Positionen ohne Debatte genehmigt. Eben so die folgenden Etats der Telegraphen-Verwaltung, der Porzellan-Manufactur und der Gesundheits-Geschirr-Manufactur. — Es folgen die Etats der Verwaltung für Handel, Gewerbe und Bauwesen und der hohenzollernschen Lande. Beide werden gleichfalls ohne Discussion genehmigt. Nur bei letzterem erhebt sich eine kurze Debatte. Die Commission hat nämlich in Folge einer Petition beantragt: „Die Erwartung auszusprechen, daß die Ausgaben für die Verwaltung der hohenzollernschen Lande, insbesondere für die dort errichtete Regierung in ein angemessenes Verhältniß zu den Einnahmen gebracht werden."

Abg. Riesenstahl spricht gegen diesen Antrag der Commission (jedoch so leise, daß er bei der Unruhe im Hause fast ganz unverständlich bleibt). Er befürwortet seinen in der Commission bereits gestellten Antrag: „gegen die königl. Staatsregierung die Erwartung auszusprechen, daß die Abänderung der Organisation der unteren Verwaltungsstellen der hohenzollernschen Lande sistirt, im Fall erkannter Nothwendigkeit einer anderweiten Organisation aber nur im Wege der Gesetzgebung vorgegangen werde."

(Herr v. Jagow, v. Mühler und Graf zur Lippe sind eingetreten.)

Nachdem der Abg. Osterrath zu Gunsten des Commissions-Antrages gesprochen hat und der Minister des Innern dessen Ausführungen beigetreten ist, erhält noch der Abg. Dopfer das Wort, um sich im Sinne seines Specialcollegen Riesenstahl auszusprechen. Bei der Abstimmung wird dem Riesenstahl'schen Antrage gemäß mit großer Majorität beschlossen, die Petition der Eingesessenen des Haigerloch-Bezirks der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, der eben mitgetheilte Antrag selbst mit etwas geringerer Stimmenzahl angenommen. Der Antrag der Commission wird ebenfalls angenommen, so daß nun die von der Minorität, wie von der Majorität der Commission getheilten Gesichtspunkte zur Geltung gekommen sind.

Die übrigen Positionen des Berichts über den Etat der hohenzollernschen Lande pro 1862 und 63 werden nach den Commissions-Anträgen ohne weitere Debatte genehmigt.

Den nächsten Gegenstand der Tagesordnung bilden die vier Petitionen des Grafen Poninski, der Herren v. Niegolewski und v. Buchowski, wie der Wähler des schrodaer Kreises, wegen Beeinträchtigung des Gebrauchs der polnischen Sprache durch die Behörden der Provinz Posen. Die Commission fand einzelne Beschwerden theilweis begründet und empfiehlt diesem gegenüber Tagesordnung unter Erwartung, daß den Verwaltungsbehörden die pünktliche Beobachtung der bestehenden Vorschriften über den Gebrauch der deutschen und polnischen Sprache eingeschärft werde.

Der Abg. v. Vincke (Stargardt) beantragt, im Speciellen über die Beschwerde des Grafen v. Poninski, zur einfachen Tagesordnung überzugehen.

Zuerst nimmt das Wort der Abg. v. Bentkowski: Die Bänke des Hauses leeren sich schnell. Es mögen kaum hundert Abgeordnete im Saale zurückbleiben, vor denen der Redner, wie er selbst sagt, die „oft gehörten" Beschwerden der polnischen Nationalität noch einmal ausführlich darzulegen versucht. Auf die politische Seite übergehend, empfiehlt der Redner schließlich den Vertretern des preußischen Volkes, nicht engherziger sein zu wollen, als vor 50 Jahren auf dem wiener Congreß die Fürsten gewesen wären. Den dynastischen Interessen gegenüber hätten sich die Interessen der Nationalitäten hervorgearbeitet, denen man Rechnung tragen möge.

Abg. v. Prusinowski: Preußen habe Posen nicht erhalten kraft der Eroberung, sondern kraft der wiener Verträge und unter den darin stipulirten Rechten und Pflichten. Das polnische Reich sollte getheilt, nicht aber die Nationalität zerstört werden. — Der preußische Staat habe die Verpflichtung übernommen, die polnische Nationalität zu wahren. Ein Unterbeamter dürfe wohl die Rechte der Polen nicht kennen, aber die Centralregierung und Landesvertretung dürfe sich darüber nicht hinwegsetzen. Lord Palmerston habe sich Rußland gegenüber ausdrücklich auf die Verträge berufen und verlangt, daß sie inne gehalten würden. Repräsentation und Nationalität seien als unantastbare Rechte in den wiener Verträgen stipulirt, nicht in das Befinden der Monarchen gestellt. Nur der Grundsatz der vollständigsten Gleichberechtigung der Nationalitäten könne befriedigen; dieser Grundsatz sei auch anfänglich befolgt worden; erst später seien Beeinträchtigungen durch Ober-Präsidial-Verfügungen 2c. eingetreten. Der Redner geht demnächst auf spezielle Widerlegung der Commission ein; über der Bedürfnißfrage stehe die Rechtsfrage. Was entstehe aus dem Verschieben des Rechts? Eine vollständige Unsicherheit des Wortes Recht und Gesetz und wenn die Behörden dazu verhelfen, so sei es natürlich, daß die Autorität der Behörden darunter leide. In allen Schichten des Volkes werde die Autorität der Behörden von Jahr zu Jahr mehr schwinden; überall glaube man, daß die Opposition eine nothwendige Tugend sei; statt Liebe und Vertrauen gestalte sich das schönste Gefühl eines Volkes, die Vaterlandsliebe, zu der verzerrten Gestalt des nationalen Hasses. Er predige noch die Liebe, aber mit blutigem Herzen und zu blutigen Herzen, und deshalb sei diese Pflicht eine blutige Pflicht. Er fordere nicht Gerechtigkeit vom Hause, denn diese zu gewähren gehe über seine Kraft; ein Andrer schulde diese Gerechtigkeit und weil er sie schulde, werde sie ihnen auch werden; aber er fordere Gesetz und Gesetzmäßigkeit und diese könne das Haus gewähren.

Abg. v. Bonin (Genthin): Die Angriffe gegen die Comm. zu widerlegen, überlasse er dem Referenten. Die Herren hätten kein Mandat im Namen der Provinz Posen zu sprechen, denn neben der polnischen Bevölkerung bestehe daselbst, eine der Kopfzahl nach fast gleiche, in allen anderen Beziehungen dieselbe überragende deutsche Bevölkerung. Noch heut hätten die Deutschen darüber lebhaft zu klagen, daß das Polonisirungssystem in der Provinz Posen von Seiten der polnischen Bevölkerung und namentlich von Seiten des geistlichen Standes mit aller Energie fortgeführt würde. Die katholischen Deutschen seien von Anfang an auf den katholischen Gottesdienst in polnischer Sprache angewiesen worden, und noch heute sei es den Behörden sehr schwer, das Bedürfniß der Deutschen nach Gottesdienst in ihrer Muttersprache zu befriedigen. Die Behauptungen der Polen in Bezug auf den Sprachenstreit sei nicht richtig; nicht die Bedürfnißfrage entscheide, sondern das Gesetz; von Seiten der Behörden werde mit den polnischen Bewohnern stets in deutscher Sprache, aber mit polnischer Uebersetzung correspondirt. Die Polen verfolgten Polonisirungstendenzen; die Intelligenz deutscher Wirthschaftsbeamten habe die polnischen Güter zu einer großen Blüthe gebracht, nichts destoweniger habe man in neuester Zeit beschlossen, sämmtliche deutsche Wirthschaftsbeamten zu entlassen, und durch Polen zu ersetzen; die Kleiderdemonstrationen seien bekannt, und würden jetzt sogar gegen die jüdischen Faktoren angewandt. Bei den wiener Verträgen sei die polnische Sprache nicht so ohne Weiteres an die Spitze gestellt worden, sondern nur deßhalb, weil es diejenige Frage gewesen sei, über welche sich die drei Mächte zuerst zu einigen hatten. Die Sprachenfrage sei nur bei dem gebildeten Theile der Bevölkerung in die Wege geleitet worden, auf denen sie sich jetzt befinde. Die Geistlichen beaufsichtigten die Schulen im Auftrage des Staates, sie führten die Civilstandsregister im Auftrage des Staates, und hätten früher in deutscher Sprache ihre Correspondenz geführt, gegenwärtig hätten sie wieder angefangen, sich der polnischen Sprache zu bedienen, und diesem Streben mußte die Regierung mit Entschiedenheit entgegentreten.

Von Seiten der deutschen Bevölkerung und der Behörden sei von einem nationalen Hasse nicht die Rede; die Bewohner polnischer Nationalität ständen den Deutschen gegenüber vor dem Gesetze vollkommen gleich, aber sie müßten sich auch dem Gesetze fügen. Die Regierung wolle die Polen nicht germanisiren, aber sie wolle, daß sie Preußen werden sollen; seien die Bewohner sich dessen bewußt, daß sie Preußen seien, dann werde das Verhältniß in der Provinz sich besser gestalten. Nach der letzten Volkszählung sei die Kopfzahl der Bevölkerung der Provinz Posen 1,500,000; davon seien 800,000 Seelen polnischer Bevölkerung, also noch überwiegend; auch die überwiegende Zahl der Rittergüter befinde sich in Händen polnischer Besitzer. Dagegen befinde sich der kleinere Grundbesitz, der städtische Grundbesitz und Handel und Gewerbe überwiegend in deutschen Händen. Die Provinz Posen sei keine polnische Provinz und werde auch niemals wieder eine solche werden. — Es sei über unterdrückte Repräsentation geklagt; die Provinz Posen habe aber eben so gut ihre Provinzial-Landtage, wie jede andere Provinz. Die Versöhnung, die jeder wünsche, werde auf dem eingeschlagenen Wege nicht herbeigeführt werden; der in Aussicht gestellte Kampf des Slaventhums mit dem Germanenthum werde die Provinz Posen jedenfalls auf Seiten des Germanenthums finden. (Beifall.) — Abg. v. Zoltowski-Pleschen bemüht sich zunächst in längerer, auf der Journalistentribüne nicht ganz verständlicher, Ausführung einzelne der vom Vorredner gemachten Anführungen zu widerlegen und schließt: es handle sich nur um ehrliche Erfüllung der Verträge, um wirkliche Durchführung des Satzes: „Was dem Einen recht, ist dem Andern billig."

Abg. Schulze (Berlin): Auch die Mitbürger polnischer Nationalität hätten einen Anspruch auf unparteiische Gerechtigkeit. Die Petenten beanspruchten indeß eine ungetrennte selbstständige Nationalität. Aus den diesem Verlangen als Grundlage dienenden Verträgen von 1815 folge dies aber keineswegs. Nur diejenige politische Existenz und Selbstständigkeit gebühre ihnen danach, welche die betreffenden Regierungen ihnen zuzugestehen für gut finden würden. — Er wolle hier nur auf die so sehr betonte nationale Seite der Frage eingehen. Ein freundliches Zusammenleben der beiden Nationalitäten in den polnischen Provinzen werde verhindert durch das Bestreben der Polen, sich als selbstständige Nation wieder herzustellen, durch die Losung: Wiederherstellung des Polens von 1772. Sie betrachteten die Deutschen gewissermaßen als Fremde. Es handle sich dabe nicht um eine rein preußische, sondern um eine deutsche, eine europäische Frage, um ein Stück deutscher Cultur. Bei aller Sympathie für die polnische Nationalitätsbewegung folge doch nicht, daß man die eigene, die deutsche Nationalität zurücksetzen müsse (Beifall). Die polnische sei die verkehrteste Nationalbewegung. Es gebe keine Fremdherrschaft, keine gewaltsamen Eindringlinge in Polen. Eine Jahrhunderte lange Entwickelung schon während der Herrschaft der Polen selbst habe das deutsche Element, die deutsche Civilisation und die deutsche Herrschaft in Polen zur Geltung gebracht. Auf die Entwickelung der Polen selbst sei das deutsche Wesen von dem förderlichsten Einfluß gewesen. Erst seit Einführung der deutschen Agriculturgesetzgebung könne von wirklicher Cultur in Polen die Rede sein.

Man habe von Germanisirung gesprochen: wer solle die verbieten und wer solle sie gebieten? Die dringe ein wie die Luft. Wer habe jemals eine gewaltsame Germanisirung versucht, wer die Kirchen nnd Schulen den Polen gewaltsam genommen? Wie könne man da einen Vergleich mit den Dänen in Schleswig aufstellen? Nicht um das Nationalitätsprincip, sondern um das Territorialsystem handle es sich. Gerade die Polen wollten die nationale Existenz unserer Landsleute antasten, und deshalb sei diesen Bestrebungen entgegenzutreten. Wenn die Polen uns den Kampf bieten, so müsse er von uns aufgenommen werden. Die Provinz sei eine Nothwendigkeit für Deutschland. Seit Jahrhunderten vollziehe sich die Germanisirung; diese Provinzen seien eine Eroberung des deutschen Geistes, welcher sie den Slaven abgerungen. Es hieße die Bestrebungen von Jahrhunderten verleugnen, auch nur einen Fuß breit Boden davon abzutreten (Bravo) und damit ein werthvolles Glied Deutschlands abzuschneiden. „Wir haben den Kampf nicht gesucht, und suchen ihn nicht, aber wenn er uns von diesen Herren (auf die Polen deutend) entgegengetragen wird, so nehmen wir ihn auf!" (Beifall).

Reg.-Commissar Noah widerlegt die Rechtsausführungen der polnischen Vorredner in der bekannten Weise unter Bezugnahme auf die wiederholten Entscheidungen des höchsten Gerichtshofes. — Abg. v. Bentkowski (zur Geschäftsordnung): Der Abg. für Berlin habe durch seine Ausführung über das Territorialitätsprinzip eine Petition in die Debatte gezogen, welche noch nicht zur Diskussion stehe. — Abg. Schulze (Berlin): Er habe nur dem Vorredner, welcher selbst die Nationalitätsfrage angeregt, geantwortet, es müsse einmal klar werden zwischen Polen und uns. — Abg. Kantack: Es sei allerdings eine nationale Frage, und der Abg. für Berlin habe ganz recht, sie als solche zu behandeln. Ob die Losung, welche die Polen in ihrer Brust trügen, das Polen von 1772 oder ein anderes sei, das sei ihre Sache, und darum habe sich Niemand zu kümmern. — Es sei nicht zu leugnen, daß deutscher Geist und deutsches Kapital viel für die Provinz gethan, aber dem deutschen Kapital und dem deutschen Geist sei von der Regierung unter die Arme gegriffen worden, die polnischen Bestrebungen würden zurückgesetzt. — Jetzt habe der Abg. für Berlin gesagt, nicht ein Fuß breit Landes dürfe aufgegeben werden, wo das deutsche Element überwiege, früher habe er sogar geäußert, wo das deutsche Element nur überhaupt Fuß gefaßt, das dürfe nicht aufgegeben werden. Danach müßte er auch einen Theil von Rußland für Deutschland verlangen.

Der Abg. für Stargardt habe einmal die Gelegenheit vom Zaune gegriffen, um den Polen zu erklären: „Ihr sollt Preußen sein! und wenn Ihr erklärt, Preußen sein zu wollen, dann sollt Ihr nach den Gesetzen behandelt werden!" Das sei unpolitisch von ihm gewesen. „Wir müssen nach dem Gesetze behandelt werden, gleichviel was wir erklären! und wenn wir die Gesetze übertreten, mögen wir nach den Gesetzen bestraft werden." Wenn man die Staatszugehörigkeit meint, so seien sie preußische Unterthanen, wenn man ihnen aber zumuthe, aufzuhören Polen zu sein, so würde das niemals geschehen. „Wir sind Polen und wir werden es bleiben!"

Abg. v. Prusinowski: Er habe an das Consistorium den Antrag gestellt, einen deutschen Gottesdienst in seiner Kirche abhalten zu lassen; er sei abschläglich beschieden worden. Er habe sich an das Cultusministerium deshalb gewendet, und warte seit zwei Jahren auf Antwort. Der von dem Abg. v. Bonin den Geistlichen gemachte Vorwurf sei also unbegründet.

Nach einer kurzen Replik des Abg. v. Bonin (Genthin) ergreift das Wort zur Spezialdiscussion (über die Beschwerde des Grafen Poninski) der Abg. Dr. Respondeck, in der wachsenden Unruhe des Hauses unverständlich, und vom Präsidenten wiederholt gemahnt, nicht in die allgemeine Debatte zurückzugreifen. Er stellt schließlich den Antrag, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Nach dem Resume des Berichterstatters Abg. Haack und einigen Worten des Regierungs-Commissars Geh. Rath Noah geht man zur Abstimmung. Der Antrag v. Vincke auf einfache Tagesordnung wird abgelehnt, der Commissions-Vorschlag angenommen. Ein Vertagungsantrag wird abgelehnt.

In der folgenden Petition beschwert der Abg. v. Niegolewski sich darüber, daß amtliche Schreiben mit deutscher Adresse an ihn gerichtet werden und bittet um Abhilfe. Die Comm. empfiehlt Uebergang zur Tagesordnung. Abg. v. Pilaski unterstützt diese Petition und beantragt Ueberweisung derselben an die Staatsregierung zur Abhilfe. Der Reg.-Commissar führt aus, daß der Petent nicht berechtigt sei, eine polnische Adresse zu verlangen. Der Antrag des Abg. v. Pilaski wird nicht ausreichend unterstützt, der Antrag der Comm. angenommen.

Es folgt die Special-Diskussion über die Petition einer Anzahl von Grundsteuer-Veranlagungs-Commissionen des Großherzogthums Posen, welche die Correspondenz mit ihren Mitgliedern in polnischer Sprache verlangen. Die Commission beantragt Tagesordnung. Abg. v. Stablewski behauptet, daß diese Commissionen, entgegengesetzt der Ansicht der Petitions-Comm. die Eigenschaft von Staatsbehörden nicht hätten und daß somit nach dem Ministerialrescript vom 8. Novbr. 1861 die Correspondenz mit den Mitgliedern nicht in deutscher Sprache stattzufinden habe. Er beantragt Ueberweisung der Petition an die Staats-Reg. zur Berücksichtigung. Der Minister des Innern protestirt entschieden gegen Aeußerungen des Vorredners, durch welche die Behörden beschuldigt würden, die Gesetze nicht redlich auszuführen. Die Discussion ist geschlossen. Die Tagesordnung wird verworfen, der Antrag des Abg. v. Stablewski angenommen.

Die folgende Petition von Wählern des schrodaer Kreises (Beschwerde über das dortige Kreisgericht) wird vom Abg. v. Guttry befürwortet, welcher Ueberweisung derselben zur Berücksichtigung beantragt, während die Comm. wegen nicht eingehaltenen Instanzenzuges den Uebergang zur Tagesordnung befürwortet.

Nach einer kurzen Bemerkung des Justizministers, daß bei Innehaltung des Instanzenzuges die Beschwerde möglicherweise werde erledigt werden, spricht der Referent für den Comm.-Antrag, welcher demnächst mit großer Majorität angenommen wird.

Schluß der Sitzung 4 Uhr 10 Min. Nächste Sitzung Dinstag 10 Uhr. Tagesordnung: Schlußabstimmung über den Militäretat pro 1862 und Petitionsberichte. Donnerstag: Militäretat für 1863.

Berlin, 22. Sept. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht, dem großherzogl. badenschen Legations-Rath Dr. Minet im Ministerium des großherzogl. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten und dem großherzogl. badenschen Kammerherrn und Ministerial-Rath v. Dusch im Ministerium des Innern, den königl. Kronen-Orden dritter Klasse, dem Regierungs-Secretair, Kanzlei-Rath Oberstolz zu Aachen, den rothen Adler-Orden vierter Klasse, dem Schleusenmeister Carl Schönbrunn zu Brieg und dem Küster und Schullehrer Pöthko zu Bluno im Kreise Hoyerswerda, das allgemeine Ehrenzeichen, so wie dem Sergeanten Aßmus vom litthauischen Ulanen-Regiment Nr. 12, dem Unteroffizier Storbeck vom 3. Garde-Regiment zu Fuß und dem Grenadier Irzykowski vom 3. ostpreußischen Grenadier-Regiment Nr. 4, die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

[Patent.] Dem Kaufmann J. H. F. Prillwitz in Berlin ist unter dem 19. September 1862 ein Patent auf einen nach der vorgelegten Zeichnung und Beschreibung für neu und eigenthümlich erkannten Druck-Telegraphen, ohne Beschränkung Anderer in der Anwendung bekannter Theile desselben, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preußischen Staates ertheilt worden.

Der Landgerichts-Assessor Triacca in Köln ist zum Advokaten im Bezirke des königl. Appellationsgerichtshofes zu Köln ernannt worden. (St.-A.)

Berlin, 22. Sept. [Vom Hofe.] Se. Majestät der König wohnten gestern Vormittags mit den in Potsdam residirenden hohen Herrschaften dem Gottesdienste in der Friedenskirche bei und hatten darauf eine längere Conferenz mit dem Kriegsminister v. Roon. Zur Tafel auf Schloß Babelsberg waren außer den Mitgliedern der königlichen Familie auch noch Se. kgl. Hoh. der Prinz August von Würtemberg und Se. Hoh. der Prinz Wilhelm von Baden geladen. Heute Morgen arbeiteten Se. Maj. der König wiederum längere Zeit mit dem Kriegsminister v. Roon, nahmen alsdann den Vortrag des Geh. Rathes Illaire entgegen und empfingen später den königl. Gesandten v. Bismarck-Schönhausen. — Ihre Majestät die Königin hat am 18. zum erstenmal seit der Taufe Allerhöchstihren Besuch, der bisher durch eingetretene Unpäßlichkeit verhindert worden war, in Karlsruhe abgestattet, und hat daselbst die hohe Wöchnerin in erfreulichem Wohlsein getroffen. Das Ableben Ihrer Durchlaucht der Herzogin von Sagan findet dort, wie in weiteren Kreisen, große Theilnahme.

[Jagd auf Elennthiere.] Se. kgl. Hoh. der Prinz Friedrich Karl Höchstwelcher sich vor 8 Tagen nach der russischen Grenze begab und dort Jagd auf Elennthiere abhielt, ist gestern Früh zurückgekehrt, und hat, so viel wir hören, auf dieser Jagd 4 Elennthiere erlegt. Als Erinnerung an diese Jagd hat Se. königl. Hoh. einige Geweihe, die Häute, sowie die Füße von den erlegten Thieren mitgebracht. Zwei von den größten Köpfen mit Geweihen hat Se. königl. Hoheit, dem Vernehmen nach, der hiesigen Universität für das zoologische Museum überlassen.

[Ministersitzung.] Gestern Mittag 2½ Uhr fand im Hotel des Staatsministeriums eine Ministerberathung statt.

[Der Minister Graf v. Bernstorff] hatte gestern Mittags eine längere Konferenz mit dem königlichen Gesandten v. Bismarck-Schönhausen.

— Der Flügel-Adjutant, Oberst-Lieutenant Prinz zu Hohenlohe ist gestern Abends nach Schloß Sagan abgereist, um des Königs Majestät morgen bei der Beisetzung der am Freitag verstorbenen Herzogin von Sagan zu vertreten.

[Die japanesische Gesandtschaft] hat gestern Nachmittags halb 2 Uhr Berlin verlassen, und ist mittelst Extrazuges über Braunschweig, Hannover, Minden, Köln, Aachen, Verviers 2c. nach Paris abgereist.

[Militärischer Medizinalbericht.] Mit dem zweiten Quartal d. J. ist durch die ganze Armee eine neue Instruction zur Anfertigung der vierteljährlichen Medizinalberichte in Kraft getreten. Der Bericht über das 4te Armeecorps pro zweites Quartal ist bereits in der Nummer vom 1. Sept. der militärärztlichen Zeitung enthalten. Es ergiebt sich, daß dieses Corps trotz der auf das genannte Quartal fallenden Kriegsbereitschaft gegen Hessen und des damit von 21,300 Mann im April auf 27,300 Mann im Juni gesteigerten Stärkestandes, wie der im weit ausgedehnteren Maßstabe und anstrengender betriebenen Uebungen doch nur einen außerordentlich geringen Krankenbetrag gehabt hat, indem durchschnittlich per Tag nur 795 Kranke, davon 492 im Lazareth, behandelt worden sind, was sich also auf 3 resp. 2 pCt. berechnen würde. Sterbefälle haben in dem gleichen Zeitraum ebenfalls nur 20 stattgefunden, wozu indeß noch 4 Verunglückte und 7 Selbstmörder hinzutreten. Eine wesentlich veränderte Färbung erhält indeß dieser so günstige Bericht durch die ganz unverhältnißmäßig große Zahl der als invalide und dienstuntauglich entlassenen Leute, nämlich 108, worunter sich in Hinsicht der einzelnen Krankheiten allein 22 Mann mit Lungen-Tuberculose, also ebenfalls Todeskandidaten, befinden. Als unmittelbar durch Beschädigung in Ausübung des Dienstes oder nachweisbar in Anlaß desselben verursachte Invaliditätsfälle werden von dieser Gesammtzahl freilich zusammen nur 20 bezeichnet.

[Militär-Wochenblatt.] Zu Ingenieur-Offizieren werden ernannt: Becker II., außeretatsm. Sec.-Lt. von der 1. Ingen.-Inspect., unter Versetzung zur 2. Ingen.-Inspect., Groß, Seeling, Hanke, Fischer, Lindow, Witte, Klewe, außeretatsm. Sec.-Lts. von der 2. Ingen.-Inspect., letztere Beide unter Ver-

setzung zur 1. Ingen.-Inspect., Lohmeyer, v. Brodowski, außeretatsm. Sec.-Lieuts. von der 2. Ingen.-Inspect., unter Versetzung zur 3. Ingen.-Inspect. Dr. Schiffer, Assistenzarzt vom Garde-Kür.-Regt., zum 1. Schles. Dragoner-Regt. Nr. 4 versetzt. Dr. Stark, Assistenzarzt vom 1. Bat. des 3. Niederschles. Landw.-Regts. Nr. 10, zum 1. Bat. 4. Ostpreuß. Landw.-Regts. Nr. 5 versetzt. Dr. Brüger, Assistenzarzt vom 1. Bat. des 2. Brandenburg. Landw.-Regts. Nr. 12, zum 2. Bat. 1. Pos. Landw.-Regts. Nr. 18 versetzt. Dr. Meyer, Stabs- und Bataillonsarzt des 2. Bats. 2. Niederschles. Inf.-Regts. Nr. 47, gestorben.

∋ **Berlin,** 22. September. [Ein Ministerium Bismarck-Schönhausen in Aussicht. — Die Stellung der Regierung zum Militäretat bleibt dieselbe.] Obgleich heute noch keine bestimmte Nachricht über den Ausgang der Ministerkrisis vorliegt, so spricht doch die allergrößte Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Neubildung des Ministeriums unter den Auspicien des Hrn. v. Bismarck-Schönhausen zu Stande kommen wird. Die Nachricht von der Entlassung des Herrn v. d. Heydt war verfrüht, da, wie man jetzt erfährt, ein von demselben auch nur eventuell gestelltes Entlassungsgesuch ohne eigentliche Bescheidung geblieben ist. Ob Herr v. d. Heydt zur Stunde noch dem Ministerium angehört, ob er dem Ministerium angehören wird, welches Herr v. Bismarck zu leiten berufen ist, darüber darf man keine voreiligen Vermuthungen aussprechen, obgleich kaum noch ein Zweifel darüber besteht, daß die vom Kriegsminister im Abgeordnetenhause entwickelten Grundsätze in den jüngsten Ministerberathungen als die allein maßgebenden festgestellt worden sind und in Herrn v. Bismarck einen energischen Vertreter finden werden. Alles dies erhellt schon einfach daraus, daß in den letzten Tagen von allen Ministern nur General v. Roon bei Sr. Majestät Vortrag gehabt und wiederholte Conferenzen mit Herrn v. Bismarck abgehalten hat. In der Stellung der Regierung zum Militäretat wird also schwerlich eine Veränderung eintreten: sie vertheidigt bis zum letzten Augenblicke die Voranschläge für die Reorganisation und läßt dann den von dem Abgeordnetenhause modificirten Budget-Entwurf einfach an das Herrenhaus gelangen. Erst wenn von dieser Seite das Votum (voraussichtlich ein negatives) erfolgt sein wird, dann tritt an die Regierung die Nothwendigkeit heran, ihr ganzes Programm vor dem Lande zu enthüllen, und dann wird es sich zeigen, wie viele der bisherigen Minister gewillt sind, der Führung den Herren v. Bismark und v. Roon zu folgen. Daß Graf Bernstorff ein Entlassungs-Gesuch bei Sr. Majestät eingereicht hat, wird allseitig bestätigt, und man glaubt, daß die Erfüllung seines Wunsches um so weniger auf Schwierigkeiten stoßen wird, als Hr. v. Bismarck voraussichtlich Neigung hat, neben dem Vorsitz im Staatsministerium auch die Leitung der auswärtigen Politik zu übernehmen. Allerdings wird die Kunde dieses Ereignisses, wenn es eintreten sollte, in Wien, wie im Lager der Würzburger und in Kopenhagen einige Sensation machen. Denn Hr. v. Bismarck gilt für einen Staatsmann, der es liebt, schwebende Fragen zur Lösung zu bringen. Indessen darf man nicht vergessen, daß die Regierung augenblicklich nicht gerade Veranlassung hat, sich mit einem neuen Programm der auswärtigen Politik zu beschäftigen, sondern vor Allem auf die Bekämpfung der inneren Schwierigkeiten ihr Hauptaugenmerk richtet. Das weitgreifende Programm, von welchem jüngst die „Grenzboten" berichteten, soll keiner Aeußerung des Hrn. v. Bismarck, sondern der schwarzgalligen Phantasie eines baierischen Diplomaten seinen Ursprung verdanken. — Die Nachricht eines französischen Blattes, daß Sachsen seine Zustimmung zu dem preußisch-französischen Handelsvertrag zurückgezogen habe, ist ganz ohne Begründung.

[Ueber die Ministerkrisis] geht der „Berl. Allg. Z." folgende Mittheilung zu: „Die Minister traten gestern Nachmittags halb 3 Uhr zu einer Berathung zusammen. Vor derselben hatte der Minister Graf v. Bernstorff eine längere Besprechung mit dem k. Gesandten v. Bismarck-Schönhausen. Dem Vernehmen nach hat der Finanzminister v. d. Heydt sein Entlassungsgesuch zurückgenommen und bleibt das Ministerium vorläufig unverändert. Mit dem k. Gesandten von Bismarck-Schönhausen wird wegen Uebernahme der Leitung des Cabinets unterhandelt und soll derselbe gleichzeitig das auswärtige Ministerium erhalten. Graf v. Bernstorff ist, wie verlautet, zum k. Gesandten in Paris ausersehen." — Nach einer anderen, im Abgeordnetenhause heute sehr verbreiteten Version ist eine Entscheidung über das Entlassungsgesuch des Herrn v. d. Heydt, welcher sich weigern soll, gewisse officiös vertheidigte Ansichten über die Auslegung der Verfassungs-Urkunde praktisch durchzuführen, noch nicht erfolgt.

Berlin, 22. Sept. [Widerlegung.] Die „Sternzeitung." schreibt: „Die „Köln. Ztg." und die „Niederrh. Volksztg." enthielten in den letzten Tagen über vermeintliche (So gar „vermeintlich" sind sie wohl nicht gewesen. D. Red.) Vorgänge im Rathe der Krone während der letzten Phase der Militärfrage-Angaben, welche auch in andere Blätter übergegangen sind. Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß die bezüglichen Mittheilungen, sowohl der Gesammttendenz nach, wie in allen Einzelheiten, der Wahrheit völlig zuwider sind, und jedes Anhalts in den thatsächlichen Verhältnissen absolut entbehren."

K. C. **Berlin,** 22. Sept. [Aus dem Bericht der Budget-Commission] des Hauses der Abgeordneten über den Militär-Etat für 1863 sind die Hauptmomente bereits mitgetheilt; der Standpunkt der Majorität ist derselbe geblieben wie bei dem Etat für 1862; der Stavenhagen-Twestensche Minoritäts-Antrag, dessen Kern Ersparniß auf Grundlage der zweijährigen Dienstzeit ist, hat bereits in die Militär-Debatte der vorigen Woche hineingespielt und ist außerdem bereits früher mitgetheilt; hervorzuheben ist dabei nur, daß seitens des Regierungs-Commissars bemerkt ist, die in diesem Antrage enthaltenen Vorschläge seien so weit umfassend und griffen so tief in die Organisation der Armee ein, daß die Militärverwaltung zur Zeit keine definitive Erklärung über denselben abgeben könne." Der Bericht hebt diese Aeußerung mit gesperrter Schrift hervor. — Die Details des Berichts werden am besten bei der zu Donnerstag anberaumten Plenarberathung eine Stelle finden; in dem jetzigen Stadium der Sache haben zudem solche Einzelheiten kein Interesse.

[Die Ungewißheit wegen des Ausgangs der schwebenden Krisis] dauert fort; nirgends lastet sie schwerer als auf dem Hause der Abgeordneten, welches in vollständiger Unkenntniß über den Gang und Ausgang der Sache sich befindet und für dessen weitere Arbeiten und Beschlüsse die Entscheidung der gouvernementalen Krisis doch von einem wahrhaft brennenden Interesse ist. Im Lande glaubt man natürlich, bei der Landesvertretung Auskunft über den Stand der Dinge suchen zu dürfen, aber alle Anfragen müssen ohne Antwort bleiben, da die Abgeordneten lediglich auf Gerüchte angewiesen sind, was heute mehr als je der Fall war.

[Die Petitions-Commission des Herrenhauses] hat ihren dritten Bericht erstattet. Eine Anzahl Petitionen zu Gunsten der Wuchergesetze, gegen die Gewerbefreiheit und gegen die Civilehe sollen der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen werden. Eine Petition des Superintendenten Gerlach und Genossen in Gräntz-Nauendorf will die Stellvertreter der Beamten, welche Abgeordnete werden, nicht mehr aus Staatsmitteln, sondern von den betreffenden Beamten selbst bezahlt wissen; da Privatleute sich auf ihre eigne Kosten in ihren Geschäften vertreten lassen müssen, so finden die Petenten in dem jetzigen Verfahren „eine verfassungswidrige Bevorzugung der Beamten vor allen andern Staatsbürgern", einen Verstoß gegen die Gleichheit vor dem Gesetz. „Wenn auch in der Commission (so heißt es im Bericht) von vielen Seiten Ansichten ausgesprochen wurden, welche mit den in der Petition aufgestellten im vollen Einklange sind, so glaubte dieselbe doch, es sich versagen zu sollen, dem Herrenhause eine nähere Beleuchtung der Sache selbst vorzulegen, weil es sich dabei lediglich um die Verhältnisse und die Stellung der Beamten handelt, deren Beurtheilung zunächst dem Staatsministerium überlassen werden muß." Die Commission beantragt einstimmig Ueberweisung an die Regierung zur Erwägung. — Eine Sitzung des Herrenhauses ist in diesem Monat nicht mehr zu erwarten.

Italien.

Rom, 16. Sept. Pater Passaglia und seine zahlreichen Anhänger machen der Hierarchie als System fortwährend einen bitteren Krieg, manche gegen letztere vorgebrachte Thatsachen sind nicht zu widerlegen. Die Träger der Curie aber entgegnen auf alle die Angriffe einfach, die Kirche könne erkranken und wund werden an ihren äußeren Gliedern, nur die äußeren Glieder seien auch jetzt von dem Uebel angegriffen, und die würden durch die Gegenwirkung der Mitte bald wieder gesunden bei der Rückkehr normaler Zustände. Die fehlen uns freilich auf allen Gebieten. Eine ängstliche Stimmung beherrscht besonders die liberale Jugend wegen der sehr vielen in ihrer Mitte noch täglich und nächtlich erfolgenden Verhaftungen. — König Ludwig von Baiern lebt auch diesesmal als einfacher Privatmann, weshalb ihm wohl auch General Montebello bis heute noch keinen Besuch machte. — Von dem zuletzt angekommenen 85. französischen Linien-Regiment liegt fast ein Viertel fieberkrank in den Spitälern. Die Sterblichkeit ist groß, durchschnittlich drei Todte des Tages. Ein neuer Beweis, wie gefährlich es ist, aus einem frischeren Clima plötzlich in die römische Sommerhitze und Malaria hinein versetzt zu werden. — Franz Liszt arbeitet an einem großen Oratorium, „Die heilige Elisabet." Er wird auch den bevorstehenden Winter hier verleben.

Die Nachrichten aus den Provinzen lauten nicht sehr erfreulich. Die Räuberbanden durchziehen, ermuthigt und verstärkt durch herbeigelaufenes Gesindel, die Provinzen nach allen Richtungen. Aus Lacedonia, in der Nähe von Ariano, wird folgender trauriger Vorfall gemeldet. Eine Abtheilung Bersaglieri, 20 Mann stark, von einem Lieutenant angeführt, wurde von einer 300 Mann starken Räuberbande angegriffen. Trotz der geringen Zahl vertheidigten sich die Bersaglieri tapfer, mußten aber doch endlich nach einem hartnäckigen Widerstande der Uebermacht der Räuber unterliegen. Von den 20 Mann blieben 13 auf dem Platze, unter ihnen befand sich auch der Offizier, 3 verloren sich, die übrigen 4 retteten sich durch die Flucht. Hoffentlich werden die jetzt von der Regierung angewandten strengen Maßregeln dieser schrecklichen Plage bald ein Ende machen. Wie es heißt, wird besonders eine große Wachsamkeit über die in den Städten und Dörfern befindlichen Helfershelfer ausgeübt. In vielen Gemeinden der Capitanata läßt die Militärbehörde sogar das Brodt stempeln, und die, welche im Besitze von ungestempeltem Brodte angetroffen werden, werden streng bestraft. Auch werden die Karren, die auf das Land geführt werden, streng untersucht, um dadurch den Räubern die Zufuhr von Lebensmitteln abzuschneiden. Eine Vermehrung der in den am meisten heimgesuchten Landstrichen stationirten Truppenmacht wäre doch wohl das geeignetste Mittel, um dem Räuberwesen den Garaus zu machen. — Gestern hat die französische Flotte unseren Hafen wieder verlassen.

Der „Monarchia Nazionale" zufolge ist es nicht begründet, daß fünf Generale der Armee an das Cabinet eine Denkschrift in Sachen des Garibaldischen Prozesses eingebracht haben.

Die „Opinion Nationale" meldet eine bedeutende Besserung im Befinden Garibaldi's, mit dem Zusatze, daß man hoffe, die Heilung der Fußwunde werde ohne nachtheilige spätere Folgen für den Patienten bleiben.

Die „Debats" melden aus Genua, daß daselbst am 16. Septbr. 200 Garibaldianer zwischen 18 und 20 Jahren eingeschifft und nach ihrer Heimath zurückgeschickt wurden. In einigen Tagen sollte der Rest der Garibaldi'schen Freiwilligen in Freiheit gesetzt werden; man hält nur die höheren Offiziere und die Deserteure zurück, um sie vor Gericht zu stellen.

Am 12. Sept. ist eine zweite englische Fregatte vor La Spezzia erschienen und, wie die erste, mit großer Begeisterung von der Bevölkerung aufgenommen worden.

Die Eisenbahn-Arbeiter hatten hart an der Grenze zwischen der neapolitanischen Stadt Isoletta und der päpstlichen Ceprano eine italienische Tricolore aufgepflanzt, die von päpstlichen Gendarmen auf italienischem Gebiet durch Schüsse verunglimpft, in den Bach geschleift und dann mitgenommen wurde. Major Freiry vom 59. Regiment eilte sofort von Acre nach Isoletta und schickte einen Hauptmann als Parlamentär nach Ceprana, der erklären mußte, daß, wenn nicht unverzüglich den Arbeitern die Fahne unter militärischen Ehren zurückgebracht würde, er in Ceprano erscheinen, den päpstlichen Posten aufheben und die Gendarmen, die sich an der italienischen Tricolore vergriffen hätten, werde erschießen lassen. Noch an demselben Tage ward die Fahne dem Major Freiry von päpstlichen Gendarmen in Isoletta zurückerstattet.

Aus Rom, 14. Sept., wird der augsb. „Allg. Ztg." geschrieben: „Nach erfolgter Anerkennung des Königreichs Italien von Seiten Rußlands wurde Fürst Wolkonski, der bis dahin bei dem König Franz II. accreditirt war, abberufen und als Gesandter nach Spanien bestimmt. Derselbe war der Person des Königs aufrichtig zugethan, und es verringerte daher das Peinliche des Augenblicks, in dem er seine Abberufung anzeigte, nicht wenig, daß er zugleich die Genugthuung hatte, Franz II. ein eigenhändiges Schreiben des Kaisers Alexander zu überreichen, welches in so herzlich gerührtem Tone abgefaßt war und überhaupt so viel des Tröstlichen enthielt, daß der Anerkennungsakt Rußlands dadurch auf einen Schatten zurückgeführt wurde. Das Schreiben gab nicht undeutlich zu verstehen, daß der Kaiser einer traurigen Pflicht der Politik gehorche, welche sein gegenwärtiges Cabinet verfolge." — In den antiken Gewölben und Kammern der Diocletians-Thermen zu Rom, in welchen sich bisher schon französische Magazine und Ställe befanden, werden Restaurations-Arbeiten vorgenommen, um weitere für militärische Zwecke dienliche Räume zu schaffen.

Portugal.

Aus Lissabon vom 16. Sept. wird dem Reuter'schen Büreau telegraphirt: „Zu Braga in der Provinz Minho ist unter dem 6. Regiment eine Meuterei ausgebrochen. Es ward auf die Offiziere gefeuert und Major Vasconcellas ward getödtet. Zwei Regimenter sind heute von hier aus nach Braga abgegangen. Die Ruhe ist daselbst wieder hergestellt, und die Rädelsführer sind geflohen. Die Regierung hat schleunig Maßregeln ergriffen, um weiteren Ruhestöruugen vorzubeugen."

Breslau, 23. Septbr. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Paradies-Gasse Nr. 7a eine Radwer; Reuschestraße Nr. 48 zwei Frauenhemden, zwei kattunene Halstücher und ein Dienstbuch auf die unverehelichte Josepha Kynast lautend; auf dem Obstmarkte einer Dame aus der Tasche ihres Kleides ein schwarzledernes Portemonnaie mit Stahlbügel und circa vierzehn Thaler Inhalt; einem Maschinenbauer während seines Verweilens in dem Tanzsaale zum russischen Kaiser eine silberne Spindeluhr mit weißem Emaille-Zifferblatt und römischen Zahlen nebst einer Broncekette; außerhalb Breslaus aus einer Uhrmacher-Werkstatt vier neue silberne Ankeruhren, acht neue silberne Cylinderuhren, sieben neue silberne Spindeluhren, eine broncene Stutzuhr, letztere vierzehn Tage gehend und circa zwölf Zoll hoch, einen Knaben mit einem Vogelneste vorstellend, so wie vierzehn Stück bereits getragene und in Reparatur befindlich gewesene Anker-, Cylinder- und Spindel-Uhren.

Verloren wurden: Ein schwarzledernes, auf beiden Seiten gepreßtes Portemonnaie, enthaltend eine Kassen-Anweisung zu 1 Thlr., ein Guldenstück, einiges Kleingeld und ein Haarkämmchen von Büffelhorn; ein Gesinde-Dienstbuch auf die unverehel. Maria Morgenstern aus Rawitsch lautend; eine Lorgnette mit Perlmutterschale; eine schwarze Brieftasche mit verschiedenen Papieren, worunter außer einigen Schuldscheinen ein auf den Holzhändler Olschowsky lautender Gewerbeschein sich befand.

Gefunden wurden: Ein violettseidener Sonnenschirm; ein Geldtäschchen mit ca. 13 Sgr. Inhalt.

Angekommen: Ihre Durchl. Füstin Chartoryska mit Gefolge und Dienerschaft aus Ruhberg; Se. Excellenz General-Lieutenant v. Willisen aus Klein-Oels; dänischer Hof-Jägermeister von Oppen-Schilden aus Kopenhagen. (Pol.-Bl.)

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 22. Sept. 10 U. Ab.	335,58	+4,6	NO. 0.	Heiter.
23. Sept. 6 U. Morg.	335,46	+1,8	N. 0.	Heiter. Reif.

Wasserstand.

Breslau, 23. Sept. Oberpegel: 13 F. — Z. Unterpegel: — F. 5 Z.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 22. Sept., Nachm. 3 Uhr. Die 3proz. begann zu 69, 35, stieg bis 69, 40 und schloß in fester Haltung belebt zur Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr waren 93¾ eingetroffen. Schluß-Course: 3prz. Rente 69, 30. 4½proz. Rente 96, 70. Italienische 5proz. Rente 71, 55. 3proz. Spanier 48¾. 1prz. Spanier 44⅜. Silber-Anleihe —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 476. Credit-mobilier-Aktien 1010. Lombard. Eisenbahn-Aktien 608. Oesterr. Credit-Aktien —.

Wien, 22. Sept. Mitt. 12 Uhr 30 Min. Beliebt und animirt. 5proz. Metall. 71, 10. 4½proz. Metall. 62, 75. Bank-Aktien 794. Nordbahn 190, 80. 1854er Loose 90, 75. National-Anleihe 83, —. Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 243, 75 Creditaktien 216, 80. London 125, 70. Hamburg 93, 75 Paris 49, 80. Gold —, —. Silber —, —. Böhmische Westbahn 167, 75. Lombardische Eisenbahn 276, 50. Neue Loose 132, —. 1860er Loose 90, 90.

Frankfurt a. M., 22. Sept., Nachm. 2 U. 30 M. Lebhafte Kauflust für österr. Fonds, Aktien und Industriepapiere; Geschäft sehr animirt. Schluß-Course: Ludwigsh.-Bexbacher 139. Wiener Wechsel 93⅝. Darmst. Bankaktien 227. Darmst. Zettelbank 251. 5prz. Metall. 54½. 4½prz. Met. 48¾. 1854er Loose 70¼. Oesterr. National-Anleihe 64⅝. Oest.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 219½. Oesterr. Bank-Antheile 742. Oesterr. Credit-Aktien 201½. Neueste österr. Anleihe 72¼. Oesterr. Elisabet-Bahn 120¼. Rhein-Nahe-Bahn 29⅜. Mainz-Ludwigshafen Litt. A. 128⅜.

Hamburg, 22. Sept., Nm. 2 Uhr 30 M. Börse fester bei mäßigem Geschäft. Schluß-Course: National-Anleihe 65¼. Oest. Credit-Aktien 85. Vereinsbank 101⅞. Norddeutsche Bank 99 Rheinische 96¼. Nordbahn 64 Disconto —. Wien —, —. Petersburg —.

Hamburg, 22 Sept [Getreidemarkt.] Weizen loco und ab auswärts sehr stille. Roggen loco ruhig, ab Königsberg pr. Frühjahr zu 75 eher zu lassen als zu haben. Oel pr. Okt. 31⅜, pr. Mai 29¾. Kaffee unverändert. Eine Ladung Santos von 5700 Sack schwimmend zu 7 3/16 verkauft. Zink 4000 Ctr. loco 12 Mk.

Berliner Börse vom 22. September 1862.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anleihe	4½	102½ bz.
Staats-Anl. v. 1850, 52	4½	99⅞ bz.
dito 1854, 55A. 56 57	4½	102⅞ bz.
dito 1853	4	99⅞ bz.
dito 1859	5	108 bz.
Staats-Schuld-Sch. ...	3½	91 bz.
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	127½ bz.
Berliner Stadt-Obl. ..	4½	103½ B.
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärker	3½	92¾ bz.
dito dito	4	101¾ G.
Pommersche	3½	91¾ B.
dito neue	4	100¾ bz.
Posensche	4	104⅝ G.
dito	3½	— — —
dito neue	4	99⅜ bz.
Schlesische	3½	95 bz.
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärker	4	100⅛ bz.
Pommersche	4	100⅛ B.
Posensche	4	99¾ bz.
Preussische	4	100 bz.
Westf. u. Rhein..	4	99¾ B.
Sächsische	4	100¼ bz.
Schlesische.......	4	100⅝ bz.
Louisdor	—	110 bz.
Goldkronen	—	— — —

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metall	5	56½ à ¾ bz.
dito 54r Pr.-Anl....	4	72 G.
dito neue 100 fl.-L.	—	70¼ bz.u.G.
dito Nat.-Anleihe ..	5	66¼ à ⅜ bz.
dito Bankn. n. Whr.		80⅜ bz
Russ.-engl. Anleihe ..	5	95 etw. bz.
dito 5. Anleihe	5	88 etw. bz.
dito poln. Sch.-Obl.	4	84⅞ à ⅝ bz.
Poln. Pfandbriefe....	4	— — —
dito III. Em.......	4	88¼ B.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	92½ G.
dito à 300 Fl..	5	94½ G.
dito à 200 Fl..	—	24 G.
Poln. Banknoten	—	88¼ bz.
Kurhess. 40 Thlr.	—	57¾ B.
Baden 35 Fl.	—	31½ B.

Actien-Course.

	Div. 1861	Z.-F.	
Aach.-Düsseld...	3½	3½	86½ G.
Aach.-Mastricht	3½	4	31 bz.
Amst.-Rotterdam	5 1/10	4	91¼ bz.u.G.
Berg.-Märkische	6½	4	110⅜ bz.
Berlin.Anhalter	8¼	4	139¼ à ¾ bz.
Berlin-Hamburg.	6	4	120¼ bz.
Berl.-Potsd.-Mgd.	11	4	211½ bz.
Berlin-Stettiner .	7 1/12	4	133 bz.
Breslau-Freibrg.	6⅞	4	137¼ bz.
Cöln-Mindener ..	12¼	3½	182¼ à 182 bz.
Franz. St.-Eisenb.	6 7/10	5	126 bz.
Ludw.-Bexbach .	8	4	139¼ B.
Magd.-Halberst. .	22½	4	322 G.
Magd.-Wittenbrg.	1⅙	4	44¾ G.
Mainz.-Ludw. A.	7	4	127¾ bz.
Mecklenburger ..	2⅞	4	61⅞ à ¾ bz.
Münster-Hammer	4	4	98 B.
Neisse-Brieger ..	3½	4	84 bz.
Niederschles.....	4	4	99½ G.
N.-Schl. Zweigb.	1½	4	71 B.
Nordb. (Fr.-W.)	3	4	64¾ à ⅝ bz.
dito Prior	—	4½	— — —
Oberschles. A...	7 3/10	3½	173 bz.
Oberschles. B...	7 3/10	3½	152 G.
dito C...	7 3/10	3½	173 bz.
dito Prior A...	—	4	— — —
dito Prior B...	—	3½	— — —
dito Prior C...	—	4	— — —
dito Prior D..	—	4	97¼ G.
dito Prior E...	—	3½	85½ B.
dito Prior F...	—	4½	101⅞ G.
Oppeln-Tarnow.	⅚	4	50 B.
Prinz-W. (St.-V.)	½	4	59 B.
Rheinische	5	4	98 bz.
dito (St.) Pr...	—	4	102 etw. bz.u.G.
dito Prior	—	4	95 G.
dito III. Em...	—	4½	100 B.
Rhein-Nahebahn	—	4	26¾ bz.
Ruhrort-Crefeld .	3 11/15	3½	91 B.
Starg.-Posener ..	4	3½	115½ bz.
Thüringer	6⅔	4	127¼ bz.
Wilhelms-Bahn.	—	4	57¾ bz.
dito Prior	—	4	92½ bz.
dito III. Em..	—	4½	— — —
dito Prior St.	—	4½	93¼ G.
dito dito	—	5	95½ G.

Preuss. u. ausl. Bank-Actien.

	Div. 1861	Z.-F.	
Berl. K.-Verein .	5 11/30	4	114¾ G.
Berl. Hand.-Ges.	5	4	93½ Klgkt. bz.
Berl. W.-Cred.-G.	—	5	— — —
Braunschw. Bank	4	4	80 G.
Bremer "	5⅜	4	104⅞ B.
Coburg. Credit A	3	4	79½ G.
Darmst. Zettel-B.	8⅝	4	100 bz.u.G.
Darmst. Credb. A.	5	4	91¼ à 92 bz.
Dess. Creditb. A.	—	4	3 i. P. bz.
Disc.-Cm.-Anthl.	6	4	97½ G.
Genf. Creditb. A.	—	4	42¼ etw. bz.
Geraer Bank ...	5¾	4	92½ B.
Hamb.Nord.Bank	5	4	98 G.
" Ver.-Bank	5 5/16	4	101½ G.
Hannov. "	4½	4	99 G.
Leipziger "	3	4	77⅝ etw. bz.u.G.
Luxembrg. "	10	4	103 etw. B.
Magd. Priv. "	4 1/16	4	90½ G.
Mein. Creditb. A.	6	4	92¾ mehr. bz.
Minerva Bgwk.A.	—	5	33 B.
Oester.Creditb.A.	7¾	5	86 à 85⅞ bz.
Pos. Prov.-Bank	5 11/20	4	99 etw. bz.
Preuss. B.-Anthl.	4 7/10	4½	122½ bz.
Schl. Bank-Ver.	6	4	98 B.
Thüringer Bank	2⅝	4	59 etw. bz.
Weimar. Bank..	4	4	83¾ etw. bz.

Wechsel-Course.

Amsterdam	10 T.	143½ bz.
dito	2 M.	142¾ bz.
Hamburg	8 T.	151¾ bz.
dito	2 M.	150⅞ bz.
London	3 M.	6. 21⅞ bz.
Paris	2 M.	80 1/12 bz.
Wien österr. Währ.	8 T.	79¾ bz.
dito	2 M.	79 bz.
Augsburg	2 M.	56. 26 bz.
Leipzig	8 T.	99⅝ G.
dito	2 M.	99 5/12 bz.
Frankfurt a. M.....	2 M.	56. 28 bz.
Petersburg	3 W.	98¼ b. 3 M. 97½ b.
Warschau	8 T.	88¼ bz.
Bremen	8 T.	110⅛ bz.

⊕ **Breslau,** 23. Septbr. Wind: Nord. Wetter: schön aber kühl. Thermometer Früh 2° Wärme. Der Geschäftsverkehr war ohne vermehrte Ausdehnung, die Kauflust beschränkt, die Preise im Allgemeinen unverändert.

Weizen blieb in matter Stimmung; pr. 85pfd. weißer 75—83 Sgr., gelber 74—79 Sgr., galizischer und polnischer 72—75 Sgr. — Roggen behauptet; pr. 84pfd. 52—55—57—59 Sgr. — Gerste ohne wesentliche Aenderung; pr. 70pfd. 39—41 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt. — Hafer fest; pr. 50pfd. schlesischer 23—25 Sgr. — Erbsen und Wicken ohne Geschäft. — Rapskuchen 51—54 Sgr. — Oelsaaten matt. — Schlaglein in matter Stimmung.

wenig beachtet. — Schlaglein in matter Stimmung.

	Sgr.pr.Schff.		Sgr.pr.Schff.
Weißer Weizen	75—79—83	Wicken	36—38—42
Gelber Weizen	73—77—80		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	52—56—59	Schlag-Leinsaat	170—180—195
Gerste	36—39—42	Winter-Raps	224—238—246
Hafer	23—24—26	Winter-Rübsen	215—230—240
Erbsen	45—50—54	Sommer-Rübsen	194—210—218

Kleesaat fest, rothe 9—11—12—14 Thlr., neue Waare 14—16½ Thlr., weiße 9—11½—14½—16½ Thlr., neue 14—17—19 Thlr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. netto 18—22 Sgr., Metze ¾—1¼ Sgr.

Vor der Börse.

Rohes Rüböl pr. Ctr. loco und Herbst 14⅙ Thlr. — Spiritus pr. 100 Quart à 80 % Tralles loco 17 Thlr., Herbst 16½ Thlr.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein in Breslau.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.